

Osman Bahadır Dinçer, Ruth Vollmer, Zeynep Şahin-Mencütek, Selina Engelberth

Rückkehr syrischer Geflüchteter: Die Politik ist gefordert

Die deutsche Debatte über eine schnelle Rückkehr syrischer Geflüchteter steht im Widerspruch zu empirischen Erkenntnissen und dem Bemühen Deutschlands, diesen Schutz zu gewähren und sie zu integrieren. Es ist erwiesen, dass eine verfrühte Rückkehr in ein unsicheres Umfeld häufig zu erneuter Vertreibung führt und langfristige Entwicklungs- und Stabilitätsziele sowohl in den Aufnahme- als auch in den Herkunftsländern untergräbt.

Empfehlungen

1. Geflüchteten ermöglichen, zur Vorbereitung ihrer Rückkehr nach Syrien zu reisen

Viele syrische Geflüchtete in Deutschland möchten ihre früheren Wohnorte oder Verwandte besuchen, sehen sich aber aufenthaltsrechtlichen Risiken ausgesetzt. Einige hatten schon immer die Absicht zurückzukehren, benötigen aber konkretere Informationen über die Bedingungen vor Ort und darüber, wie sie sich besser vorbereiten können. Um sie dabei zu unterstützen, eine fundierte Entscheidung über ihre Rückkehr treffen zu können, sollten ihnen Kurzaufenthalte ohne Gefährdung ihres Schutzstatus in Deutschland ermöglicht werden.

2. Personen, die möglicherweise bald zurückkehren müssen oder wollen, gezielt unterstützen

Die Rückkehrberatung sollte eine realistische Risikoeinschätzung vornehmen und von einer Rückkehr zunächst abraten, wenn es legale Alternativen gibt. Im fragilen Kontext Syriens kann Rückkehrförderung aufgrund anhaltender Unsicherheit und schwacher Institutionen ihre Wirkung einbüßen. Ein nachhaltiger Ansatz erfordert gezielte Berufsbildung und Arbeitsvermittlung zur Unterstützung der (Re-)Integration sowie eine konstruktive Zusammenarbeit mit den syrischen Behörden.

3. Übergangshilfe priorisieren, um Bedingungen für eine nachhaltige Rückkehr zu fördern

Um günstige Rahmenbedingungen für Rückkehrer:innen zu schaffen, müssen institutionelle Defizite Syriens überwunden werden. Deutschland sollte eine sachlich fundierte Debatte über die Machbarkeit und den Zeitpunkt einer Rückkehr anregen. Dazu gehört auch, auf internationale Erfahrungen zurückzugreifen und zum Thema Rückkehr mit VN-Organisationen zusammenzuarbeiten, um unmittelbare Bedarfe zu identifizieren, Wiederaufbau und langfristige Stabilität in Syrien zu unterstützen sowie die syrischen Institutionen auf die Aufnahme von Rückkehrer:innen vorzubereiten.

4. Das Potenzial der syrischen Diaspora durch verstärkte Integrationsbemühungen nutzen

Deutschland sollte das Potenzial der syrischen Diaspora für den Wiederaufbau Syriens nutzen, indem es bestehende Initiativen unterstützt und zur Stärkung von Kapazitäten beiträgt. Im Zuge ihrer bisherigen Integration in Deutschland haben Syrer neue Fähigkeiten erworben, die es ihnen ermöglichen, einen Beitrag zur deutschen und syrischen Gesellschaft zu leisten. Die Förderung von Wissensaustausch und des Transfers von Fähigkeiten sowie von Investitionen, insbesondere in kleine und mittlere Betriebe, kann die Wiedereingliederung von Rückkehrer:innen begünstigen und einen Beitrag zum Wiederaufbau Syriens – im Einklang mit Wiederaufbauinitiativen und Stabilisierungszielen – leisten.

Hintergrund

Die jüngsten Entwicklungen nach dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 haben den Schutzstatus syrischer Geflüchteter in Europa und ihre Rückkehrperspektiven in den Vordergrund der politischen Debatte gerückt. Nach Angaben des UNHCR sind derzeit 5,2 Millionen syrische Geflüchtete in den Nachbarländern registriert (UNHCR, 2024a). In Europa leben mehr als 1,5 Millionen syrische Geflüchtete, davon etwa eine Million in Deutschland.

Trotz eines weitgehenden Rückgangs der Gewalt bleibt Syrien ein fragiler Staat, der durch weitverbreitetes Misstrauen gegenüber den Regierungsbehörden, anhaltende interne Konflikte und eine hohe Abhängigkeit von humanitärer Hilfe gekennzeichnet ist (Dinçer & Şahin-Mencütek, 2025). Eine verfrühte Rückkehr von Geflüchteten birgt die Gefahr einer Verschärfung der Situation, insbesondere angesichts gravierender Herausforderungen wie Ernährungsunsicherheit, hoher Inflation, demographischer Veränderungen, territorialer Konflikte und anderer Sicherheitsrisiken. Für Familien mit Kindern, die im Exil geboren wurden, ist die Wiedereingliederung besonders schwierig und erfordert langfristige Planung und Vorbereitung. Solche Äußerungen wirken spaltend und verbreiten Angst und Unsicherheit unter den Syrer:innen, die derzeit in Deutschland leben. Sie stellen das Asylsystem als Hindernis für schnelles politisches Handeln dar und nicht als legitimes Instrument, das dringend benötigten Schutz und rechtliche Garantien bietet.

Bereits wenige Stunden nach der Entmachtung Assads wurden von deutschen Politiker:innen Forderungen laut, über die in den Medien ausführlich berichtet wurde, dass

Deutschland Anreize für eine Rückkehr nach Syrien schaffen und diese letztlich auch durchsetzen werde. Das Bundesamt für Migration und Geflüchtete kündigte an, alle anhängigen Asylanträge von Syrer:innen auszusetzen – ein Schritt, dem sich andere EU-Länder anschlossen.

Solche Äußerungen wirken spaltend und verbreiten Angst und Unsicherheit unter den Syrer:innen, die derzeit in Deutschland leben. Sie stellen das Asylsystem als Hindernis für schnelles politisches Handeln dar und nicht als legitimes Instrument, das dringend benötigten Schutz und rechtliche Garantien bietet.

Die Debatte hat im Vorfeld der Bundestagswahlen im Februar 2025 an Schärfe gewonnen, ist aber keineswegs neu. Vor allem konservative und populistische Parteien sehen in der Rückkehr eine Notwendigkeit für den sozialen Zusammenhalt und/oder eine Lösung für wirtschaftlichen Druck oder eine Antwort auf nationale Sicherheitsbedenken. Als Reaktion darauf warnen Stimmen aus der (ehemaligen) Regierungskoalition und der Zivilgesellschaft vor den Risiken einer sofortigen Rückkehr und verweisen auf die unberechenbare (Un-)Sicherheitslage in Syrien.

Diese Debatte wird den Forschungsergebnissen und den Lehren aus den bisherigen Rückführungen nicht gerecht, zumal sie die Notwendigkeit einer entwicklungsorientierten und menschenrechtsbasierten Stabilisierung Syriens in den Hintergrund drängt.

Diese Debatte wird den Forschungsergebnissen und den Lehren aus den bisherigen Rückführungen nicht gerecht, zumal sie die Notwendigkeit einer entwicklungsorientierten und menschenrechtsbasierten Stabilisierung Syriens in den Hintergrund drängt. Politische Forderungen nach mehr, schnelleren oder härteren Rückführungen, die oft aus kurzfristigen wahltaktischen Gründen gestellt werden, ignorieren den rechtlichen Rahmen für die Aberkennung des Schutzstatus und untergraben das Vertrauen in deutsche Institutionen. Gleichzeitig gefährdet die wachsende Unterstützung für populistische Positionen und die anti-arabische Rhetorik das Integrations- und Zugehörigkeitsgefühl der syrischen Diaspora in Deutschland. Die Gewährleistung von Transparenz und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit sind Grundprinzipien, an denen sich die Rückkehrpolitik orientieren muss..

1 Geflüchteten die Reise nach Syrien und die Vorbereitung auf ihre Rückkehr ermöglichen

Der jüngste Vorschlag der Bundesregierung, syrischen Geflüchteten eine zeitlich befristete Rückkehr nach Syrien zu ermöglichen, ohne dass sie ihren Schutzstatus in Deutschland verlieren, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Flexible Aufenthaltsmodelle, die den Syrer:innen eine realistische Einschätzung ihrer Reintegrationschancen vor Ort ermöglichen, schaffen die Chance für eine gut geplante und nachhaltige Rückkehr.

Viele Syrer:innen wollen nach Syrien zurückkehren, jedoch unterscheiden sich ihre Absichten und Aussichten auf Rückkehr und Reintegration. Studien zeigen, dass individuelle Merkmale wie ethnische und religiöse Zugehörigkeit sowie Geschlecht, Alter, Bildung und Lebensphase die Erfahrungen nach der Rückkehr prägen und den Rückkehrwunsch beeinflussen können. Die Rückkehrsaussichten unterscheiden sich auch stark zwischen den von der Regierung kontrollierten und anderen Teilen des Landes.

Wenn es Syrer:innen in Deutschland ermöglicht würde, ihr Heimatland für einen begrenzten Zeitraum zu besuchen, ohne ihren Aufenthaltsstatus zu gefährden, könnte dies ihnen helfen, sich besser auf eine mögliche Rückkehr vorzubereiten.

Gegenwärtig überqueren diejenigen die Grenze (und geben häufig damit die Möglichkeit einer Rückkehr nach Deutschland auf), denen Integration, Würde und die Aussicht auf die Verwirklichung ihrer Lebensziele im Exil verwehrt geblieben ist. Eine sichere Rückkehr in eine Region, die immer noch durch ein hohes Maß an Unsicherheit gekennzeichnet ist, ist vielfach nur für diejenigen möglich, die über Verbindungen zu den das jeweilige Gebiet kontrollierenden Gruppen oder Netzwerke verfügen. Für alle anderen sind die Aussichten auf eine sichere Rückkehr gering. Studien zeigen, dass zwei wesentliche Bedingungen eine nachhaltige Rückkehr erleichtern und den Rückkehrer:innen helfen, eine positive Rolle beim Wiederaufbau zu spielen: die Rückkehrbereitschaft des Einzelnen und die Verfügbarkeit von Ressourcen, Dienstleistungen und Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts im Herkunftsland.

Rückkehrbereitschaft liegt der aufrichtige Wunsch einer Person nach Rückkehr und die Mobilisierung materieller und immaterieller Ressourcen für ihre Rückkehr zugrunde.

Ein hohes Maß an Integration im Zielland erhöht somit die Chancen für eine nachhaltige Rückkehr. Diejenigen, die keine Gelegenheit zur Integration hatten und denen aufgrund ihres unsicheren rechtlichen Status möglicherweise eine Abschiebung droht, sind weit weniger in der Lage, sich für Entwicklung und friedlichen Wandel einzusetzen, und laufen Gefahr nach ihrer Rückkehr zu einer Belastung für ihre Familien zu werden.

Viele syrische Geflüchtete in Deutschland äußern den starken Wunsch, ihr Herkunftsland zu besuchen, nachdem ihnen dies jahrelang nicht möglich war. Wenn es Syrer:innen in Deutschland ermöglicht würde, ihr Heimatland für einen begrenzten Zeitraum zu besuchen, ohne ihren Aufenthaltsstatus zu gefährden, könnte dies ihnen helfen, sich besser auf eine mögliche Rückkehr vorzubereiten. Diese Besuche würden es ihnen auch ermöglichen, ihre Familien zu unterstützen und zum Wiederaufbau beizutragen. Menschen, die erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um sich auf ihre Rückkehr vorzubereiten, indem sie z.B. Geld gespart und Qualifikationen erworben haben, laufen Gefahr, diese Investitionen zu verlieren, wenn sie zur Rückkehr gezwungen werden, bevor die Bedingungen es ihnen erlauben, ihre Ressourcen und ihr Wissen zu nutzen. Gegenwärtig erlaubt die Türkei jeder syrischen Familie bis Juli, dass ein Familienmitglied bis zu dreimal nach Syrien reist, um Familie zu besuchen. Präzedenzfälle für solche Initiativen können auch in anderen Kontexten gefunden werden, wie dem Sudan (2005) oder Kenia (2008).

2 Gezielte Hilfe für diejenigen leisten, die möglicherweise bald zurückkehren müssen oder wollen

Deutschland sollte seine umfangreichen Erfahrungen mit den Möglichkeiten und Grenzen der Rückkehrberatung und -unterstützung nutzen. Die Rückkehrberatung sollte ehrlich über die Risiken und Unsicherheiten in Syrien informieren und – zum jetzigen Zeitpunkt – von einer Rückkehr abraten, wenn es eine legale Alternative gibt, wie etwa Arbeits- oder Ausbildungs- oder Studierendenvisa.

Rückkehrunterstützung kann dazu beitragen, die erste, oft schwierige Phase nach der Rückkehr zu überbrücken (Schmitt et al., 2019). Wenn die Rückkehrer:innen die Voraussetzungen und notwendigen Ressourcen für diese Phase mitbringen, kann Rückkehrhilfe sie dabei unterstützen, sich langfristig eine Existenzgrundlage in einem

stabilen Kontext aufzubauen. Studien zur Wirksamkeit der Unterstützung finden jedoch kaum Belege dafür, dass Rückkehrhilfe den Reintegrationsprozess beeinflusst (EU-IOM, 2021). Stattdessen weisen sie auf den stärkeren Einfluss individueller, sozialer und kontextueller Faktoren hin (Şahin-Mencütek, 2023). Rahmenbedingungen wie anhaltende Gewalt und Unsicherheit, schwache und im Umbruch begriffene Institutionen, eine schwache Wirtschaft und fehlende Infrastruktur können a) nicht durch Rückkehrförderung angegangen werden und b) individuelle Reintegrationsbemühungen leicht zunichte machen. Eine Rückkehr zum jetzigen Zeitpunkt würde die Menschen zwingen, ihre Ersparnisse auszugeben ohne, dass diese langfristige Wirkung entfalten könnten.

Die Unterstützung von Geflüchteten bei der Verwirklichung ihrer Lebensziele erhöht ihre Integrationschancen und die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen und selbstbestimmten Rückkehr in der Zukunft.

Wenn es keine absehbare Alternative zur Rückkehr gibt, sollte die Rückkehrunterstützung zielgerichtet und umfassend sein und zusätzliche Optionen in Betracht ziehen, wie z.B. die sofortige Investition in Berufsbildungsprogramme (mit einer transnationalen Dimension), die Einrichtung von Arbeitsvermittlungsprogrammen und die Anpassung der Ausbildung an das lokale Arbeitsplatzangebot sowie die Unterstützung des Spracherwerbs junger Menschen. Bemerkenswert ist, dass 12 Prozent der Syrer:innen mit Schutzstatus in Deutschland auch in Deutschland geboren wurden und ein Fünftel aller Personen mit syrischem Migrationshintergrund derzeit eine Ausbildung in Deutschland absolvieren (Statistisches Bundesamt, 2024). Die Unterstützung von Geflüchteten bei der Verwirklichung ihrer Lebensziele erhöht ihre Integrationschancen und die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen und selbstbestimmten Rückkehr in der Zukunft.

3 Übergangshilfe priorisieren, um Bedingungen für eine nachhaltige Rückkehr zu schaffen

Das Ende der Assad-Herrschaft mag für diejenigen, die jahrzehntelang unterdrückt wurden, Freiheit symbolisieren, bedeutet aber nicht automatisch ein sicheres und stabiles Umfeld.

Die Zukunft Syriens nach Assad bleibt ungewiss. Bewaffnete Gruppen, weit verbreitete wirtschaftliche

und infrastrukturelle Zerstörung und anhaltende Unsicherheit stellen weiterhin ein Risiko für zurückkehrende Geflüchtete dar. Die Unvorhersehbarkeit der zukünftigen Entwicklungen in Syrien betrifft auch das Risiko direkter Gewalt gegen bestimmte identitätsbasierte oder religiöse Gruppen (Minderheiten) erheblich. Diesem Risiko können Machtkämpfe oder der Mangel an Rechtsstaatlichkeit in einem Übergangskontext zugrunde liegen. Ein solches Umfeld untergräbt die Aussichten auf Stabilität und Versöhnung in der Zeit nach Assad.

Es wird erwartet, dass die Umsetzung der langwierigen Prozesse des Institutionenaufbaus, der Reformen und der Infrastrukturentwicklung in Syrien nicht überall gleichermaßen geschehen wird. Lebensgrundlagen, Einkommensquellen und der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen werden sich voraussichtlich weiterhin auf die Hauptstadt und einige große Städte konzentrieren, während viele andere Regionen unterversorgt bleiben. Dieses Ungleichgewicht birgt die Gefahr, bestehende Ungleichheiten zu verschärfen und neue Binnen- und grenzüberschreitende Vertreibungen auszulösen.

Eine sachlich-fundierte Debatte über die Durchführbarkeit und den Zeitpunkt der Rückkehr von Geflüchteten ist von entscheidender Bedeutung.

Ohne umfassende und langfristige Investitionen in Wiederaufbau, Versöhnung und ein verantwortungsvolles Migrationsmanagement könnte die Rückkehr letztlich nur vorübergehender Natur sein und die Situation der Rückkehrer:innen prekär bleiben. Angesichts dieser Herausforderungen hat die Bundesregierung kürzlich ihre Zusage bekannt gegeben, den Wiederaufbau des syrischen Gesundheitssystems zu unterstützen. Diese Initiative unterstreicht das deutsche Engagement für den Wiederaufbau kritischer Infrastruktur – Investitionen, die für die Stabilisierung des Landes und die Schaffung nachhaltiger Rückkehrbedingungen unerlässlich sind. Beobachtungen vor Ort zeigen, dass auch in den Bereichen Energieversorgung und Kommunikationsinfrastruktur unmittelbarer Unterstützungsbedarf besteht. In diesem Zusammenhang kann die Kombination von deutscher Entwicklungszusammenarbeit und Diasporaengagement wichtige Synergieeffekte erzielen (s.u.).

Darüber hinaus kann der UNHCR mit seinem Mandat zur Mobilisierung und Verteilung von finanziellen Ressourcen für Rückkehr- und Reintegrationsprogramme eine entscheidende Rolle bei der Koordinierung der Bemühungen internationaler und nichtstaatlicher Organisationen (NROs) spielen. Es ist von entscheidender Bedeutung,

LEHREN AUS ANDEREN FALLSTUDIEN: RISIKEN EINER VERFRÜHTEN RÜCKKEHR

Die freiwillige Rückkehr nach Bosnien-Herzegowina, insbesondere der Minderheiten, nach dem Dayton-Abkommen (1995-96) blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Die umfangreiche Rückkehrunterstützung konnte die fehlende Sicherheit und die mit dem Ort der Vertreibung verbundenen traumatischen Erinnerungen nicht kompensieren. Stattdessen führten Gebietsübertragungen zu weiteren Fluchtbewegungen. Im gesamten ehemaligen Jugoslawien stellten ungelöste ungelöste Eigentumsverhältnisse und die Besetzung oder Zerstörung von Wohneigentum anhaltende Probleme bei der Rückkehr dar. In Bosnien-Herzegowina war der gesellschaftliche Zusammenhalt zwischen denen, die während des Krieges gelitten hatten, und denen, die ihr Leben im Ausland fortgesetzt hatten, brüchig.

Ähnlich wie heute in Syrien waren es Familienbande und die Begeisterung über die neu gewonnene Freiheit, die die Kosovo-Albaner:innen nach Kriegsende spontan zur Rückkehr bewegten. Diejenigen, die keine Anstellung bei internationalen Organisationen fanden, bereuten ihre Rückkehr oft und blieben von humanitärer Hilfe oder ihren Familien, die es auch schwer hatten, abhängig. Angesichts der Zerstörung von Produktionsanlagen stellten die Menschen fest, dass man „Freiheit nicht essen kann“. Einige nicht-albanische Gemeinschaften erlebten ihre Reintegration aufgrund des schwierigen Versöhnungsprozesses und der weit verbreiteten Straflosigkeit sowie erneuter Gewalt und Vertreibung auch Jahre nach dem Krieg als sehr schwer.

dass sowohl kurz- als auch langfristig die Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Beschäftigung, wiederhergestellt wird. Transparente und integrative Planung unter Einbeziehung von Regierungsstellen und Nichtregierungsorganisationen sind entscheidend für eine erfolgreiche Reintegration von Rückkehrern und die Förderung langfristiger Stabilität. Ein umfassender Wiederaufbauprozess, der über den Wiederaufbau der physischen Infrastruktur hinausgeht, und die sozioökonomischen und psychologischen Auswirkungen von Flucht berücksichtigt, ist unerlässlich, um Rückkehr machbar und nachhaltig zu gestalten. Eine sachlich-fundierte Debatte über die Durchführbarkeit und den Zeitpunkt der Rückkehr von Geflüchteten ist von entscheidender Bedeutung. Deutschland kann hier, wie bereits bei der Aufnahme von Syrern im Jahr 2015, mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, wie eine ausgewogene und zukunftsorientierte Rückkehrpolitik unmittelbare humanitäre Anliegen mit langfristigen Entwicklungszielen in Einklang bringen kann. Die Mobilisierung von VN-Organisationen wie IOM, UNHCR und UNDP sowie der Weltbank kann Synergien schaffen (so z.B. das 3RP-Programm der VN zur Unterstützung syrischer Geflüchteter).

4 Potenziale der syrischen Diaspora durch verstärkte Integrationsbemühungen nutzen

Viele Syrer:innen in Deutschland unterstützen ihre Familienangehörigen in Syrien durch Rücküberweisungen. Diese Unterstützung dürfte in der unsicheren Übergangsphase noch wichtiger werden und dazu beitragen, Versorgungsengpässe, Unsicherheit und fehlenden Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen abzufedern. Untersuchun-

gen zeigen, dass, wenn diese Lebensader gekappt wird bevor die wirtschaftlichen Bedingungen eine Selbstversorgung erlauben, z.B. durch eine verfrühte Rückkehr, ein anderes Familienmitglied oder sogar die ganze Familie zur Abwanderung gezwungen werden könnte.

Um das Potenzial der Diaspora, zum Wiederaufbau Syriens beizutragen, zu maximieren, sollte Deutschland – vor allem über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – die Mobilisierung von Ressourcen erleichtern (finanzielle Unterstützung von syrischen Aktivist:innen und Vertreter:innen für die Teilnahme an internationalen Foren wie den EU–Syrien-Dialogplattformen) und den rechtlichen Status von Syrern sicherstellen, damit sich diese weiterhin als transnationale Akteure für eine inklusive Entwicklung einsetzen können. Größere Anstrengungen sollten unternommen werden, um ihre politische Vertretung in den relevanten diplomatischen Kanälen zu unterstützen. Eine stärkere Einbindung in politische Entscheidungsprozesse würde nicht nur die Syrer:innen im Ausland stärken, sondern auch sicherstellen, dass ihre Perspektiven und Bedürfnisse bei der Gestaltung der Zukunft Syriens berücksichtigt werden. Das BMZ sollte auch den Bedarf bzw. die Nachfrage nach kapazitätsstärkenden Programmen prüfen und weiter in diesen Bereich investieren.

Sie können Unterstützung bei Unternehmensgründungen, Handelsbeziehungen, Investitionen, Rücküberweisungen, Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch über transnationale Netzwerke leisten und damit zu Entwicklung und Stabilisierung beitragen. Die syrische Diaspora hat eine äußerst aktive und vielfältige Zivilgesellschaft hervorgebracht. Viele Organisationen sind außerhalb des Landes entstanden und haben sich auf nahezu alle denkbaren Bereiche spezialisiert. Eine nachhaltige institutionelle Unterstützung dieser Organisationen durch Finanzie-

FLÜCHTLINGSBEIRAT

Der kürzlich gegründete Flüchtlingsbeirat (Refugee Advisory Board, RAB) für Deutschland ermöglicht die Vertretung der Interessen syrischer Geflüchteter und schlägt eine Brücke zwischen politischen Entscheidungsträger:innen und Flüchtlingsgemeinschaften. Deutschland sollte das Refugee Advisory Board, wie auf dem Global Compact Treffen zugesagt, finanziell unterstützen. Dieses Gremium, das erste seiner Art in Europa, zeigt die führende Rolle Deutschlands bei der Förderung innovativer, integrativer Ansätze zur Beteiligung von Geflüchteten an der Politikgestaltung.

Programme zur Stärkung bestehender Kapazitäten und Partnerschaften mit internationalen Akteuren könnte ihre Wirkung weiter erhöhen und ein langfristiges Engagement für den Wiederaufbau Syriens fördern.

In Deutschland haben syrische Geflüchtete mit Unterstützung der Regierung und der Zivilgesellschaft große Anstrengungen zur Integration unternommen. Die deutsche Gesellschaft und Wirtschaft haben davon bereits profitiert. Innerhalb eines Jahrzehnts sind Syrer:innen zu wertvollen Mitwirkenden geworden, von denen viele in Schlüsselsektoren wie dem Gesundheitswesen, Produktion und Logistik arbeiten. So tragen syrische Ärzt:innen, Krankenschwestern und -pfleger und andere Fachkräfte dazu bei, den Arbeitskräftemangel im Gesundheitswesen zu beheben – einem Sektor, der aufgrund der alternden Bevölkerung und des Personalmangels in Deutschland vor großen Herausforderungen steht.

Investitionen in die Aufnahme und Integration von Geflüchteten zahlen sich mit der Zeit aus: Die Beschäftigungsquote von Geflüchteten steigt innerhalb von 15 Jahren nach ihrer Ankunft deutlich an, was sich durch Steuer- und Sozialabgaben positiv auf den Haushalt auswirkt (Bach et al., 2017). Eine verfrühte Rückkehr birgt nicht nur die Gefahr, dass das persönliche Vorankommen zum Stillstand kommt, sondern auch, dass die Zahl der qualifizierten Arbeitskräfte in Deutschland sinkt, was negative soziale und wirtschaftliche Folgen hat. Die Integrations- und Rückkehrpolitik muss daher wirtschaftliche Erwägungen mit dem Schutz der Menschenwürde, der Wünsche und Rechte von Syrer:innen, einschließlich eines dauerhaften Aufenthaltsrechts, in Einklang bringen. Letztere sind für Syrer:innen von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Nutzbarmachung ihrer Potenziale in Deutschland und Syrien geht.

Bibliographie

Bach, S., Guske, A.-L., & Kaczmarczyk, P. (2017). Refugee integration: A worthwhile investment. *DIW Economic Bulletin*, 7(3–4), 33–43.

Diñçer, O.B. & Şahin-Mencütek, Z. (2025) Refugee return, reintegration, and citizenship practices in post-conflict Syria. *International Migration*, 63, e13379. <https://doi.org/10.1111/imig.13379>.

EU-IOM (2021). *Comparative Reintegration Outcomes Between Forced and Voluntary Return and Through a Gender Perspective*. Executive Summary (Research Study 2). EU-IOM Knowledge Management Hub. [https://migrantprotection.iom.int/system/files/resources/249a64b3-2c00-433a-9511-f06427a37d0e/document/MU%20Comparative%20Study_Executive%20Summary_\(1\).pdf?type=node](https://migrantprotection.iom.int/system/files/resources/249a64b3-2c00-433a-9511-f06427a37d0e/document/MU%20Comparative%20Study_Executive%20Summary_(1).pdf?type=node).

Şahin-Mencütek, Z. (2023). *The Role of Return Preparedness, Assistance and Networks in Returnees' Reintegration in Origin Countries* (BICC Synthesis Report). bicc.

Statistisches Bundesamt (2024). *22% der Schutzsuchenden in Deutschland sind Syrerinnen und Syrer* (Pressemitteilung Nr. N062). Statistisches Bundesamt. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/12/PD24_N062_12.html.

UNHCR (2024a). *Syria situation. Global Appeal 2024*. <https://reporting.unhcr.org/syria-situation-global-appeal-2024>

Impressum

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany

KONTAKT
Elvan Isikozlu
Head of Advice & Scientific Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0)228 911 96-54

DATUM: 19.02.2025
EDITOR: Elvan Isikozlu
LEKTORAT: Heike Webb
EDITORIAL DESIGN: Silvia Gaianigo, Verena Krautter
LAYOUT: Heike Webb

doi: <https://doi.org/10.60638/bqsh-xh70>



Except where otherwise noted, this work is licensed under: [cc.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/)

Dieser bicc policy brief wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen des Forschungsprojekts „Return and Belonging – Notions of Return After Conflict-induced Displacement“ finanziert und in Zusammenarbeit mit dem von der Europäischen Union geförderten Horizon-Europe-Projekt „GAPS: Decentring the Study of Migrant Returns and Readmission Policies in Europe and Beyond“ (101094341) erstellt. Alle in diesem policy brief geäußerten Ansichten liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren und sollten nicht dem BMZ oder einer anderen Institution oder Person zugeschrieben werden.

Die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft werden vom Land NRW institutionell gefördert



bicc
Bonn International Centre for Conflict Studies

www.bicc.de

Das bicc ist ein unabhängiges internationales Forschungsinstitut, das sich der Forschung und Politikberatung zu den Bedingungen, Dynamiken und Folgen gewaltsamer Konflikte widmet, um einen Beitrag für eine friedlichere Welt zu leisten. Das bicc wurde 1994 mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen gegründet und ist Mitglied der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft.

